

Markus Grübel

Aktuelles aus dem Bundestag

Nr. 20 | 30. November 2018



1. Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte zum Thema Verdrängte Ethnien

Als Beauftragter für weltweite Religionsfreiheit war ich diese Woche bei der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte zum Thema Verdrängte Ethnien – bedrohte Völker. Hierzu wurden Wissenschaftler und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen geladen. Diese haben auf die vielen Fragen der Abgeordneten Antworten gegeben. Unter anderem waren Prof. Dr. Mouhanad Khorchide vom Zentrum für Islamische Theologie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Prof. Dr. Dr. Thomas Schirmmayer, Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit und Prof. Dr. Dr. h.c. Heiner Bielefeldt, Inhaber des Lehrstuhls für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, eingeladen.

Neben der ethnischen und religiösen Dimension des Problems und der Vielzahl an Verfolgungen von Minderheiten auf der Welt ging es in der Veranstaltung auch um die Frage, wie Demokratien mit zunehmenden „Ideologien der

Ungleichheit“ und „kulturellen Schließungstendenzen“ umgehen können.

Dazu stellte Professor Schirmmayer klar, dass die Demokratie am Ende nicht am „banalen Vollzug einer Mehrheitswahl“ gemessen werde, sondern daran, ob sie die Rechte von Minderheiten garantiere. Es sei wieder und wieder schockierend, welche ungeheure Energie und Zeit Staaten, Gruppen oder Parteien weltweit darauf verwendeten, dafür zu sorgen, dass es anderen nicht gut gehe und „Minderheiten madig zu machen“.



Markus Grübel und die Menschenrechtspolitik der CDU hören aufmerksam den Sachverständigen zu. (Foto: CS)

2. Plenardebatte über Organspende

In einer ergebnisoffenen Orientierungsdebatte diskutierten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages am Mittwoch die Problematik der seit Jahren viel zu niedrigen Organspenderzahlen in Deutschland. Neben Maßnahmen, die Abläufe und Ausstattung in den Kliniken verbessern sollen – ein entsprechender Gesetzentwurf wurde erst Ende Oktober im Kabinett beschlossen – ging es dabei vor allem um die Frage, auf welche Weise die Menschen ihre Zustimmung oder Ablehnung der eigenen Spendebereitschaft ausdrücken sollen.

Derzeit muss ein Organspender – oder seine Angehörigen – einer Spende aktiv zustimmen. Erst kürzlich hatte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) vorgeschlagen, eine sogenannte „doppelte Widerspruchslösung“ einzuführen, bei der jeder Mensch potenzieller Organspender sein solle, wenn er zu Lebzeiten nicht widerspreche oder die Angehörigen dies nach dem Tod ablehnen.

Im Deutschen Bundestag entwickelte sich über knapp drei Stunden eine intensive Debatte jenseits der starren Grenzen zwischen Koalitions- und Oppositionsfraktionen. Gegen Spahns Vorschlag wurde damit argumentiert, dass eine Widerspruchslösung nicht mit dem Selbstbestimmungsrecht des Menschen sowie mit dem Recht auf körperliche Unversehrtheit vereinbar sei. Stattdessen solle die bisherige Zustimmungslösung als bewusste Entscheidung beibehalten werden. Ziel müsse es sein, die Menschen verstärkt zur freiwilligen Spende zu motivieren und mit regelmäßigen Informationen die Bürger zur Organspende ermutigen.

Befürworter und unentschlossene argumentierten hingegen mit dem Ausgleich zwischen höchst unterschiedlichen Interessen. Auf der einen Seite stehe das Selbstbestimmungsrecht des möglichen Spenders über seinen Körper und auf der anderen das Interesse des Kranken, eine Überlebenschance zu bekommen.

3. Plenardebatte zum UN-Migrationspakt

Erneut wurde über den UN-Migrationspakt im Deutschen Bundestag debattiert. Gemeinsam mit der SPD haben wir als Fraktion einen Antrag eingereicht und uns für den UN-Migrationspakt ausgesprochen. Dabei haben wir mit dem Antrag aber auch unsere Linie und Erwartungshaltung klar formuliert. Wir begrüßen, dass sich die internationale Staatengemeinschaft dieser großen Herausforderung unserer Zeit widmet. Klar ist für uns dabei, dass der UN-Migrationspakt Migration durch internationale Kooperation begrenzen soll. Andere Staaten sollen Migranten besser behandeln, damit sie dort oder in ihrer Heimat ein würdevolles Leben führen können. Die nationale Souveränität Deutschlands wird durch den UN-Migrationspakt nicht angetastet, das stellen wir klar.

Den Antrag von CDU/CSU und SPD finden Sie im Anhang zum Infobrief.

4. Vorstellung im Stephanuskreis

Am Donnerstag wurde ich in den Stephanuskreis der CDU/CSU-Bundesfraktion eingeladen, um meine Funktion als Religionsfreiheitsbeauftragten vorzustellen. Der

Stephanuskreis ist ein Forum, in dem die Lage bedrängter Christen in aller Welt thematisiert wird. Verfolgte und bedrängte Christen erhalten hier die Möglichkeit, in den direkten Dialog mit den Bundestagsabgeordneten zu treten. So auch an diesem Donnerstagmorgen, als zwei pakistanische Christen zu Gast waren. Sie haben über die missliche Lage der Christen in ihrer Heimat berichtet und konnten genauere Information zum Fall ‚Asia Bibi‘ übermitteln. Ich freue mich sehr auf die zukünftige Zusammenarbeit mit dem Stephanuskreis. Im Gespräch konnten wir bereits viele gemeinsame Interessenspunkte bestimmen, die Grundlage für eine gute Zusammenarbeit sind.



Markus Grübel neben dem Vorsitzenden des Stephanuskreises Heribert Hirte MdB. (Foto: MG)

5. Fördergelder vom Bund für Luftreinhaltung in Esslingen

Diese Woche hat Dr. Katja Walther von der Stadt Esslingen im Rahmen der Förderrichtlinie einen Bescheid für die Luftreinhaltung in der Schorndorfer Straße Esslingen erhalten. Die Fördermaßnahme in der Höhe von 323.289 Euro umfasst technische Maßnahmen mit denen der Verkehr auf dieser Hauptverkehrsachse regelt. Durch selbststeuernde Lichtsignalanlagen wird in

Echtzeit die jeweils optimale Verkehrssteuerung abgeleitet und umgesetzt und der Verkehrsfluss somit verstetigt. Durch eine entsprechende Gewichtung wird so eine Bevorzugung emissionsarmer Verkehre wie Fußgänger, Radfahrer und dem ÖPNV ermöglicht, Also von Transportmitteln, die ein erhebliches Minderungspotenzial für Stickoxide aufweisen.



Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, Dr. Katja Walther und Markus Grübel bei der Übergabe des Förderbescheids. (Foto: LS)

6. Unterschrift der „Bänder der Verbundenheit“

Gemeinsam mit anderen Abgeordneten habe ich unseren rund 3.500 bei Auslandseinsätzen eingesetzten Soldatinnen und Soldaten Weihnachtsgrüße aus dem Deutschen Bundestag zukommen zu lassen. Möglich gemacht hat das die Initiative des Deutschen Bundeswehr-Verbandes und der OASE-Einsatzbetreuung, einem Projekt der Evangelischen und Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung.



Die Abgeordneten Josef Rief MdB, Dr. Dietlind Tiemann MdB und Markus Grübel unterzeichnen die Bänder der Verbundenheit. (Foto: JR)

Die Initiatoren haben hierfür gelbe „Bänder der Verbundenheit“ anfertigen lassen, auf denen persönlich verfasste Grüße von Abgeordneten des Deutschen Bundestags gesammelt wurden.

Auch ich habe ein paar Dankesworte für unsere Soldatinnen und Soldaten zu Weihnachten geschrieben und bin froh ihnen so meine Anerkennung zu zeigen.

7. Torwandschießen mit Bastian Schweinsteiger

Den ehemaligen Mannschaftskapitän der deutschen Fußballnationalmannschaft Bastian Schweinsteiger habe ich am Rande einer Veranstaltung getroffen. Ich habe mich gefreut, dass ich gegen diesen im Torwandschießen antreten durfte – leider war Basti aber besser.



Markus Grübel mit Bastian Schweinsteiger vor dem Duell. (Foto: LS)

Zahl der Woche

1,9

Mit weniger als 1,90 US-Dollar am Tag müssen 10 Prozent der Weltbevölkerung auskommen. Mehr als die Hälfte von ihnen lebt in Sub-Sahara Afrika. Europa und die Welt müssen daher ihre Anstrengungen insbesondere in Afrika verstärken: Wir brauchen eine Offensive für mehr private Investitionen, mehr Wertschöpfung vor Ort, mehr Bildung und Ausbildung und vor allem mehr Jobs.

Impressum

Markus Grübel MdB | Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Telefon: 030-227 719 73 | Telefax: 030-227 769 64
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Sie möchten diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an markus.gruebel@bundestag.de!